



Dr. Philipp Rösler Niedersächsischer Minister
für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr

Herrn
Thorben Rump
[REDACTED]
[REDACTED]

12. August 2009

Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen

Sehr geehrter Herr Rump,

herzlichen Dank für Ihre Mail vom 20. Juli, in der Sie um Erläuterung des Stimmverhaltens der FDP-regierten Länder zum „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ bitten.

Ich möchte klarstellen, dass auch die FDP-Vertreter im Bundesrat das Gesetz der Bundesregierung für ungeeignet halten, Kinderpornographie im Internet wirksam zu bekämpfen. Der Besitz von Kinderpornographie ist auch jetzt schon strafbar, vor neuen Gesetzen mit möglicherweise gefährlichen Nebenwirkungen hätte zunächst geprüft werden müssen, wie die bestehenden Gesetze effektiver umgesetzt werden können. Das beschlossene Gesetz birgt die Gefahr, die Sperrung von Internetseiten auch auf andere nicht gewollte Inhalte ausweiten zu können.

Aus diesen Gründen bedaure ich, wenn der Eindruck entstanden ist, die FDP habe das Gesetz „passieren lassen“. Vielmehr haben die Vertreter der FDP im Bundesrat an vielen Stellen im Verfahren Kritik geübt. So ist schon bei der ersten Befassung des Bundesrates am 12. Juni auf Betreiben der FDP eine kritische Stellungnahme zum ursprünglichen Gesetzentwurf beschlossen wurde, die rechtstaatliche Bedenken gegen viele Einzelregelungen aufgreift. Ich füge sie diesem Schreiben bei.

Bei der abschließenden Abstimmung am 10. Juli war nun zu beachten, dass das Gesetz nicht die Zustimmung des Bundesrates benötigte, weil es so formuliert war, dass es allein in die Kompetenz des Bundes fällt. Theoretisch möglich wäre es gewesen, dass der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anruft. Dies war aber innerhalb der Koalitionsregierungen in den Bundesländern mit der CDU bzw. der CSU nicht möglich. Die niedersächsische CDU unterstützt das Gesetz explizit, zumal das Gesetz auch maßgeblich von Ministerin von der Leyen initiiert wurde.

Ich möchte mich für die Gelegenheit bedanken, den Sachverhalt noch einmal darzustellen und möchte Ihnen versichern, dass die Kritik an dem Gesetz weiter Konsens innerhalb der FDP ist.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrichswall 1
30159 Hannover

Telefon 0511 120-5437/5438

Fax 0511 120-5482

E-Mail philipp.roesler@
mw.niedersachsen.de